



Herausgeber

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Dr. Gerd Landsberg
Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030 77307-0

✉ dstgb@dstgb.de

📘 facebook.com/dstgb

🐦 twitter.com/Gemeindebund

📷 instagram.com/gemeindebund

Der DStGB:

Eine starke Stimme

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen der deutschen Städte und Gemeinden. Auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gibt er Kommunen eine starke Stimme und greift die Themen auf, die Bürger:innen vor Ort bewegen.

Durch seine 17 Mitgliedsverbände sind 11 000 große, mittlere und kleinere Kommunen organisiert und vernetzt. Die Verbandsarbeit erfolgt parteiunabhängig und ohne staatliche Zuschüsse. Die Besetzung der Organe orientiert sich an dem Votum der Wähler bei den Kommunalwahlen.

Der DStGB ist »Kommunales Informationsnetzwerk« und sensibilisiert und mobilisiert Politik und Öffentlichkeit für kommunalpolitische Interessen.

Er fungiert als »Kommunale Koordinierungsstelle« für den permanenten Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Mitgliedsverbänden. Nicht zuletzt ist der Verband »Kommunales Vertretungsorgan« durch Repräsentation in zentralen Organisationen.

Freiwilligenstrukturen stärken und verbindliches Anerkennungssystem festlegen

Soziales Pflichtjahr schwer umsetzbar

Die Stimmen in der Politik für ein Pflichtjahr werden zahlreicher. Ein sozialer Pflichtdienst für alle jungen Bürgerinnen und Bürger könnte einen wichtigen Beitrag leisten, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern. Wenn jeder einzelne sich für einen beschränkten Zeitraum in den verschiedenen Institutionen des Staates oder der sozialen Infrastruktur – von der Pflegeeinrichtung über die Hilfsorganisationen wie Technisches Hilfswerk oder Rotes Kreuz bis hin zur Bundeswehr – engagieren muss, wird so eine andere Einstellung zum Staat entstehen. Das hätte einen großen Vorteil, denn die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft, auch vor dem Hintergrund von Epidemie, Krieg in der Ukraine, Inflation, allgemeine Unruhe, sind groß. Mehr Gemeinschaftssinn, verbindliche Werte, die uns als Gesellschaft wichtig sind, haben einen hohen Stellenwert.

Für die Etablierung einer solchen Struktur ist allerdings eine erhebliche Zeitspanne erforderlich, um die organisatorischen, finanziellen und rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Zusätzlich wäre eine Verankerung im Grundgesetz erforderlich. Die dafür erforderlichen Mehrheiten sind zurzeit nicht erkennbar.

Freiwilligenstrukturen stärken

Es wäre wichtig, die vorhandenen Strukturen – etwa beim Bundesfreiwilligendienst, dem

Sozialen Jahr, dem ehrenamtlichen Engagement bei der Feuerwehr, beim THW, beim Roten Kreuz oder bei der Bundeswehr – viel deutlicher zu stärken. In vielen Bereichen ist die Nachfrage größer als das Angebot. Notwendig ist eine Betrachtung des Gesamtsystems, wo welche Strukturen ausgebaut und natürlich auch nachhaltig finanziert werden. Die Angebote sollten generell nicht nur für junge Leute verbessert werden, sondern sollten jeder Bürgerin und jedem Bürger offenstehen.

Verbindliches Anerkennungssystem festlegen

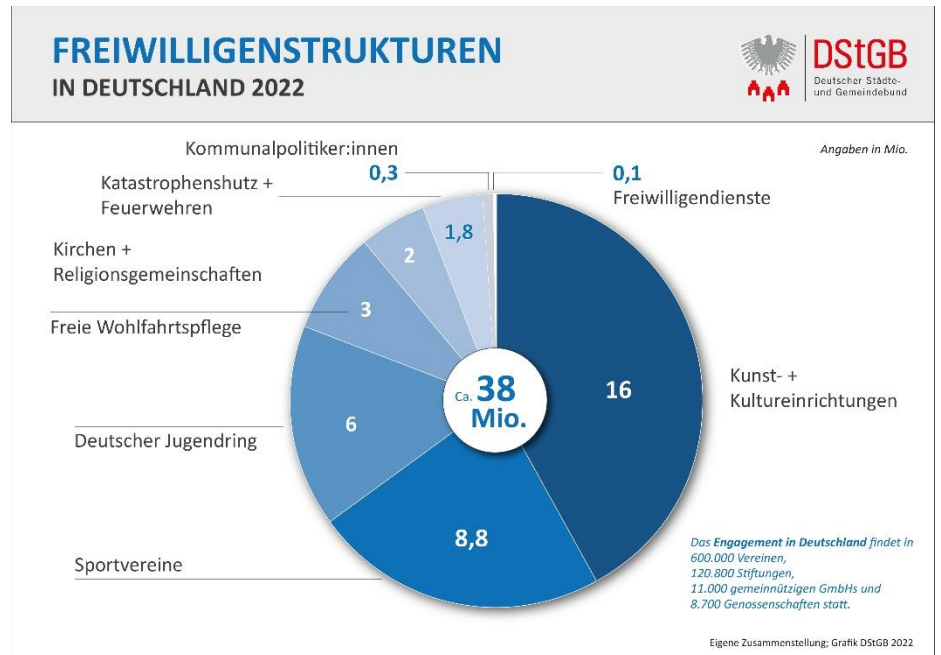
Wir benötigen ein verbindliches System, in dem festgelegt wird, welche Vorteile, auch dauerhaft, mit der freiwilligen Verpflichtung verbunden sind. Hier ist eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen denkbar. Dazu könnten beispielsweise gehören: Vorteile bei der Vergabe von Studienplätzen, Zusatzpunkte bei der Einstellung im öffentlichen Dienst, Anerkennung des Jahres für später erforderliche Praktika bei der Ausbildung im Studium oder im Beruf, Rentenpunkte bei der Altersversorgung, Fortbildungsangebote auch nach dem Pflichtjahr, bei späterer Arbeitslosigkeit ein Jahr später vom Arbeitslosengeld zum ALG II/Bürgergeld-Bezug, kostenlose Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln (wie bei der Bundeswehr) und vieles mehr.

Zusätzlich könnte eine Freiwilligen-Reserve, nach dem Vorbild des Reservistensystems bei der Bundeswehr, aufgebaut werden. So hätte man im Ernstfall eine größere Reserve von Freiwilligen, auf die zurückgegriffen werden könnte.

Notwendig ist hierbei, dass die Wirtschaft diese Grundsätze mitträgt, um einen größtmöglichen Anreiz für (junge) Menschen zu schaffen.

Das Ganze müsste mit einer flächendeckenden Kommunikationsstrategie verbunden werden, so dass zum Beispiel auch in den Schulen Vorteile für jeden Einzelnen, aber auch für die Gemeinschaft frühzeitig dargestellt werden.

Auf diesem Wege könnten wir das Ziel von mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft und mehr sozialer Verantwortung jedes Einzelnen erreichen.



Mit den rund 38 Millionen Menschen engagieren sich rund 40 % der Deutschen ab 14 Jahren. 1999 waren es noch 30 %. Den größten Anteil bilden die 30- bis 49-jährigen, gefolgt von 14- bis 29-jährigen und dann die Generation 65 Plus.



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Mitgliedsverbände

Bayerischer Gemeindetag | Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz | Gemeinde- und Städtebund Thüringen
Gemeindetag Baden-Württemberg | Hessischer Städte- und Gemeindebund | Hessischer Städtetag | Niedersächsischer
Städte- und Gemeindebund Niedersächsischer Städtetag | Saarländischer Städte- und Gemeindetag | Sächsischer
Städte- und Gemeindetag | Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag | Städte- und Gemeindebund Brandenburg
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt | Städte- und Gemeindetag
Mecklenburg-Vorpommern | Städteverband Schleswig-Holstein | Städtetag Rheinland-Pfalz